

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., ansonsten 12 M. Für die Postgebühren nehmen sämtliche Postämter Beiträge von 2 M. zu. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M.

Die achtspaltigen Anzeigenzeilen ober deren Raum kostet 6.- M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Wort 1,50 M. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geschäfte 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Geschäfte in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der große Schwindel

### Es muß gehandelt werden

Die Rechtspresse jubelt. Zwei schwerbeschuldigte Personen in amtlicher Stellung, der bayerische Justizminister Dr. Roth und der Münchener Polizeipräsident Boehner, erklären die von dem Reichsfanzler Wirth vorgetragene Behauptungen für un w a h r. Die bayerische Regierung, unter deren Regime die Verbrechen begangen wurden, die also mitschuldig ist, stellt sich gleichfalls so, als sei im Bereiche ihrer Regierungsgewalt nicht die mindeste Begünstigung der rechtsstehenden Verschwörer erfolgt. Die Schuldigen sprechen sich schuldiglos. Das genügt der rechtsstehenden Presse, von einem Zusammenbruch der haltlosen Beschuldigungen zu sprechen. Das Wulstblatt redet sogar von einem großen Schwindel. Jawohl, es wird geschwindelt, aber nicht in Berlin, sondern in Bayern. Kahr, Boehner und Roth und nicht zuletzt die deutsche nationale Presse ist es, die von diesem Schwindel profitiert.

Der Bericht, den der Staatssekretär Dr. Schweger im Ständigen Ausschuss des bayerischen Landtags gab, kann nicht in Abrede stellen, daß Boehner nach dem Kapp-Putsch wiederholt mit dem Kapitänleutnant Ehrhardt in Verbindung gestanden habe. Es wird sogar zugegeben, daß Ehrhardt wiederholt im Münchener Polizeipräsidium ein- und ausgegangen ist. Das sei aber nur v o r dem Erlaß des Stedbriefes gegen Ehrhardt geschehen. Ehrhardt habe damals mit Boehner wegen Unterbringung seiner Leute in Bayern verhandelt. Nach dem Erlaß des Stedbriefes habe Boehner den Verkehr mit Ehrhardt eingestellt, und die bayerischen Polizeibehörden hätten sofort nach Ehrhardt gefahndet.

Hierzu muß zuerst festgestellt werden, daß Ehrhardt bis zum Erlaß des Stedbriefes bei seiner Brigade in Döberitz weilte. Er ist aus dem Munsterlager erst verschwunden, als der Stedbrief erlassen war. Die Verhandlungen wegen der Unterbringung der Brigade Ehrhardt in Bayern haben später stattgefunden. Das geschah erst im Herbst 1920, also einige Monate nach dem Erlaß des Stedbriefes. Damals wurde auch zum ersten Mal in der Öffentlichkeit in aller Form die Behauptung aufgestellt, daß Ehrhardt im Münchener Polizeipräsidium aus- und eingehe, mit Boehner in ständiger Verbindung stehe und daß er sogar mit der Justizminister Dr. Roth Unterredungen gehabt habe.

Diese Behauptungen sind weder von Boehner, noch von Dr. Roth in aller Form abgegriffen worden, noch viel weniger wurde gegen die Zeitungen, die die Behauptungen aufstellten, Klage geführt. Warum? Die Zeitungen hatten sich vor dem Staatsanwalt nicht zu scheuen, wohl aber Boehner und Roth, die sicher geklagt hätten würden, wenn sie nicht von vornherein gewußt hätten, daß die Beweisaufnahme nicht zu ihren Gunsten ausfallen wird. Der Vorwurf, mit hebräisch verfolgt zu werden, ist für einen Beamten so schwer, daß eine Klage nur dann nicht erfolgt, wenn den Beschuldigten die Furcht vor der Wahrheit tief in den Knochen sitzt.

Der Staatskommissar Weismann wird aber nicht umhin können, nach diesen Angriffen seinen ersten Bericht durch weitere Einzelheiten zu ergänzen. Wir wissen, daß es nicht leicht ist, Licht in das Münchener Verschwörerdunkel zu bringen. Es muß einer ganzen Hydra zusehe gegangen werden, die nicht nur in München sitzt, sondern überall, wo deutsch-nationale und Militaristen zusammentreffen. Nicht die bayerischen Behörden, auch gewisse Behörden und nur die bayerischen Behörden, auch gewisse Behörden und nur die bayerischen Behörden sind mitbeteiligt. Eine Unterregierungsstellen in Preußen sind mitbeteiligt. Eine Unterregierungsstellen kann also leicht zu einer Komödie werden, wenn nicht ohne jede Rücksicht auf die etwaige Bloßstellung eines hohen Beamten vorgegangen wird. Und nur eine derartige Unterregierungsstellen kann eine objektive, dem Sachverhalt entsprechende Aufklärung bringen. Die deutsch-nationalen Sprecher, was für sie auf dem Spiele steht. Sie und ihre Hintermänner in amtlicher und nichtamtlicher Stellung arbeiten mit allen Mitteln bürokratischer Verdrehungskunst. Dieses Manöver gilt es zu durchkreuzen, wenn den deutsch-nationalen Mörderzentralen das Lebenslicht abgedreht werden soll.

## Zurück zu Kahr

### Die Wünsche der bayerischen Reaktion

T.M. München, 17. September.

Die Bayerische Volkspartei hielt gestern Abend sieben Versammlungen ab, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Einer der Referenten, Staatsminister Oswald, schilderte die dem Liberalismus feindliche Entwicklung seit der Schaffung der Weimarer Verfassung und betonte u. a., daß man von Berlin aus die Länder als Vasallen behandelte, die nur mehr geduldet sind. Die Verordnungen des Reichspräsidenten sei dazu beizutragen gewesen, den starken Mann gegen Bayern zu spielen. Man habe eine systematische Unterhöhlung des letzten Restes der bayerischen Selbständigkeit beabsichtigt. Dabei sei der Kampf

zwischen München und Berlin noch nicht der letzte, denn erst vor einigen Tagen habe er aus guter Quelle erfahren, daß man sich in Berlin auch nach unserem Budgetrecht sehne. Auf die Frage: „Was sollen die nächsten Tage bringen?“ antwortete er:

- 1. Unter keinen Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten;
2. möglichst Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition;
3. zurück zu Kahr.

Sollten die letzten Bemühungen an dem Entschlusse des Herrn v. Kahr bedauerlicherweise scheitern, dann müsse wenigstens an seiner Politik, für die der Ausnahmezustand ein Mittel war, die Bayerische Volkspartei verlange auch die Schaffung eines Staatspräsidenten für Bayern und habe bereits einen entsprechenden Antrag vorbereitet. Bayern brauche einen Mann mit fester Hand, der den politischen Manövern entrückt werde.

Zurück zu Kahr! Das heißt zurück zu jenem Regime, unter dessen Wirken in Bayern jeder Sozialist und jeder Republikaner vogelfrei war. Zurück zu Kahr, das heißt Fortsetzung jener Politik, für die der Ausnahmezustand ein Mittel war, monarchistische Geheimorganisationen und Mörderbanden ein beschauliches Dasein zu sichern und jedem Verbrecher, der der deutsch-nationalen Volkspartei nahestand oder ihr angehörte, sicheren Unterschlupf zu gewähren. Zurück zu Kahr, das heißt: Beibehaltung jener Regierungsmassnahmen, die Bayern zur Brutstätte der europäischen Konterrevolution machten und die den Bestand der deutschen Republik, dem Wunsche reaktionärer Desperados gemäß, systematisch unterhöhlten.

## Regierung und Belagerungszustand

### Dr. Gradnauer über die gegenwärtige Lage

In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten des „Matin“ erklärte der Reichsminister Dr. Gradnauer, nach einigen nicht sehr zutreffenden Bemerkungen über die Unabhängige Partei:

„Der gefährlichste Feind der Republik sind die Offiziere und Beamten und Universitätsprofessoren, die die Republik ihrer privilegierten Stellung beraubte. Sie können sich mit dem gegenwärtigen Zustand nicht abfinden und verachten die Arbeiterklasse, deren wundervoller Widerstand gelegentlich des Kappstreiches den Plan, die Monarchie wieder herzustellen, vernichtete. Es ist möglich, daß unter ihnen eines Tages wieder ein Kattina (ein großer römischer Verschwörer) erwache. Zu dieser gefährlichen Gruppe kann man noch alle Unzufriedenen hinzurechnen, die die deutsche Republik für die Verteuerung der Lebensführung und das Wirtschaftsleben verantwortlich machen. Sie glauben, daß die Rückkehr der Monarchie die Heilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands herbeiführen könnte. Die großen Schwierigkeiten der auswärtigen Lage liefern diesen Gegnern wertvolle Argumente. Sie werfen der deutschen Republik vor, daß sie auf außenpolitischem Gebiete keinen Erfolg hatte. Die Presse der Rechten schürt den Haß nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die deutsche Demokratie. Es war ein Irrtum Frankreichs, die Zwangsmassnahmen nach der Annahme des Ultimatus aufrecht erhalten zu haben. Die dringendste Frage ist die von Oberstleuten. Wenn diese Provinz, die ihre Entwicklung der Arbeit und der Industrie Deutschlands verdankt, dem Reich nicht verbleibt, könnte man eine „freiwillige Rechtswende“ nicht vermeiden. Das Verbrechen von Griesbach hat die monarchistische Gefahr enthüllt. Es hat sich aber gezeigt, daß die Arbeiterklasse immer einig ist, wenn es sich darum handelt, die Verfassung zu verteidigen. Sollten neue Attentate gegen Republikaner oder Sozialisten verübt werden, wäre es nicht mehr möglich, den Unwillen der Arbeiterschaft einzudämmen. Glücklicherweise wünscht niemand den Vogen allzusehr anzuspinnen. Die Vertreter der äußersten Rechten und der äußersten Linken versprechen mir, ihre Presse zur Mäßigung einzuladen. Mit Bayern dürfte man bald zu einem Einvernehmen gelangen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann es nicht länger dulden, das ein Ausnahmezustand besteht, unter dem die Republikaner verfolgt werden und die monarchistischen Verschwörer alle Freiheit genießen.“

Der Optimismus des Herrn Dr. Gradnauer, mit Bayern zu einem Einvernehmen zu gelangen, scheint uns recht wenig begründet zu sein. Jedenfalls darf dieser Wunsch nicht dazu führen, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes durch den Reichspräsidenten, wie wir sie heute morgen gefordert haben, zu unterlassen.

## Die Reaktion in der Schweiz

Gené, 16. September.

Zwischen einem Demonstrationszug der Allgemeinen Gewerkschaften und der Strahndahner, die rote Fahnen mitführten und der Polizei kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Es fielen Schüsse. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

## Folgen des Verbrechens

### Der Niedergang der französischen Arbeiterbewegung

Genosse Merxheim, der Führer der französischen Metallarbeiter, hat in Jena zur Begrüßung des Verbandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Rede gehalten, die bereits in unserer Beilage über die Arbeiterbewegung abgedruckt wurde. Die Rede ist von der kommunistischen Arbeiterbewegung unabhängig wiedergegeben worden, liegt aber jetzt in germanischer Übersetzung vor. Wir bringen die wichtigsten Ausführungen Merxheims nachstehend zum Ausdruck.

Kollegen! Ich wurde von der französischen Vereinigung der Metallarbeiter beauftragt, Ihnen den brüderlichen Gruß der französischen organisierten Metallarbeiter zu überbringen.

Besonders wegen der sehr schwierigen Verhältnisse, welche unsere beiden Länder zurzeit durchleben, ist es der Exekutive der Vereinigung der französischen Metallarbeiter daran gelegen gewesen, direkt bei Ihrem wichtigen Kongress vertreten zu sein.

Durch die Anwesenheit eines Abgeordneten sollte sie feierlich gegenüber der herrschenden Klasse einen Beweis ihrer vollständigen internationalen Solidarität bringen und besonders ihre Absicht bekunden, die Regierungen zu veranlassen, mit der größten Gleichheit und Gerechtigkeit die schweren wirtschaftlichen Fragen zu regeln, welche so schwer auf dem Leben unserer beiden Nationen lasten. Ich möchte auch hier daran erinnern, daß seit dem Ausbruch und während des ganzen Krieges die Vereinigung der französischen Metallarbeiter sich gegen die verbrecherische Verrücktheit der französischen Nationalisten und Chauvinisten aufbäumte und daß sie nicht einen einzigen Augenblick aufhörte, ihre Solidarität gegenüber dem deutschen Proletariat zu betätigen. Sie setzte sich mit allen ihren Kräften, mit ihrer ganzen moralischen Aktivität den Lügen, Aufreizungen, dem fortgesetzten Haß durch die nationale und reaktionäre Presse, die die Aufgabe hatte, den Haß zwischen unseren beiden Völkern zu steigern, entgegen.

Mit derselben Energie hat sich die französische Vereinigung der Metallarbeiter am Tage des Waffenstillstandes — wie sie es auch heute noch tut — gegen diejenigen erhoben, welche den wirtschaftlichen Zusammenbruch der deutschen Nation forderten und welche diese Arbeit fortsetzen wollen durch eine Sanktionspolitik und durch fortwährende unnütze Repressalien. Während des ganzen Krieges — wie wir es auch heute noch sagen — hat sie erklärt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland sofort wieder aufgenommen werden sollen und daß durch Verständigung eine enge Verbindung zwischen den beiden Völkern herbeigeführt werden müßte, viel inniger als vor dem Kriege.

Die französische Vereinigung der Metallarbeiter hat es niemals unterlassen, jeder französischen Regierung gegenüber zu wiederholen, daß die Politik der Sanktionen und der Repressalien eine Aktion wäre, welche den Frieden der Welt bedroht und ein Verbrechen gegenüber der Menschheit darstellt. Sie hat jedesmal, wenn die Gelegenheit gegeben war, gegenüber der französischen öffentlichen Meinung, diese wirtschaftliche Wahrheit laut betont: Wenn Deutschland wirtschaftlich zusammenbricht, würden wir mit ihm ebenfalls wirtschaftlich zusammenbrechen. Wenn dagegen Deutschland sich wirtschaftlich wieder aufrichtet, erheben wir uns wirtschaftlich mit ihm. Laßt uns daher ihm in seinem wirtschaftlichen Wiederaufstehen helfen! Wir werden diesen Standpunkt in Frankreich weiter verteidigen, weil wir denken, daß dies die Wahrheit ist.

Aber jetzt habe ich die schmerzliche Pflicht, Ihnen andere Wahrheiten zu sagen. Ich will Sie wissen lassen, daß in Frankreich die organisierte, gewissenhafte, handelnde Arbeiterklasse in diesem Augenblicke eine moralische Krise mit sehr schwerer Desorganisation durchmacht, die schwerste vielleicht, welche sie je seit ihrem Bestehen gekannt hat. Ihr zu diesem Kongress herbeigekommener Kampfgenosse müßt wissen, daß diese Krise die Einheit der französischen Gewerkschaftsbewegung bedroht und ihm viel von seiner Stärke weggenommen hat, wodurch die ganze moralische Autorität, welche die allgemeine französische Arbeiterbewegung bis jetzt in dem Lande erobert hatte, verloren gehen wird.

Ja, mitkämpfende Genossen! das ist leider in dem Augenblicke, wo die Einheit der französischen Arbeiterklasse — wie die aller Länder — unbedingt zur Aktion nötig ist, zu verzeichnen, in diesem Augenblicke, wo die Führer und Machthaber einer politischen Sekte eines Landes, welches Sie kennen, unermüdet seit 18 Monaten an der Zerstörung dieser Einheit arbeiten. Ein verbrecherisches Bedürfnis, welches seit beinahe zwei Jahren sich in Frankreich wie in allen Ländern ausbreitet, dadurch der Entwicklung und der Verstärkung der reaktionären Mächte des Kapitalismus in der ganzen Welt helfend.

Diese Politik der Trennung ist die Ursache, daß das französische Proletariat auseinandergerissen ist, getrennt durch die Aufstellung sogenannter Tendenzfragen bis zur kompletten Ohnmacht. Und die Resultate dieser verbrecherischen Politik sind folgende: Die allgemeine franzö-





